

Stadtverordnetenversammlung
Cottbus / Chósebus



Antrag

Antrags-Nr.:
006/11

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Antragsteller: SPD/GRÜNE, Die Linke

Antragsdatum:
16. März 2011

Beratungsfolge:	Datum		Datum
☐ Dienstberatung Rathausspitze		☐ Umwelt	
☐ Haushalt und Finanzen		☒ Hauptausschuss	23.03.
☐ Recht, Sicherheit, Ordnung und Petitionen		☒ Stadtverordnetenversammlung	30.03.
☐ Wirtschaft, Bau und Verkehr		☐ Ortsbeiräte/Ortsbeirat	
☐ Bildung, Schule, Sport u. Kultur		☐ JHA	
☐ Soziales, Gleichst. u. Rechte d. Minderh.			

Antragsgegenstand:

Aufnahme der Stadt Cottbus in das „Bündnis für eine Soziale Stadt“

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

Die Stadt Cottbus tritt dem „Bündnis für eine soziale Stadt“ bei.

Begründung:

Das Programm „Soziale Stadt“ hat das Ziel Menschen in ihren Nachbarschaften durch städtebaulich-, sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitisch integrierte Maßnahmen zu unterstützen. Konflikte innerhalb der Wohn- und Stadtquartiere sollen friedlich gelöst werden. Menschen und Ressourcen sollen für eine positive Quartiersentwicklung mobilisiert werden.

Dieses Programm wurde von der Bundesregierung im Jahr 2011 um 66,5 Mio. € auf 28,5 Mio. € gekürzt und auf investive Maßnahmen begrenzt. Angesichts der wachsenden Herausforderungen in Städten und Gemeinden, wie der Bewältigung des demografischen und wirtschaftlichen Wandels, Integrationsaufgaben oder dem Klimaschutz, brauchen wir Initiativen, die dem sozialen Zusammenhalt in den Stadtteilen dienen.

- bitte wenden -

Beschlussniederschrift:

Gremium: ☐ HA ☐ StVV

☐ einstimmig ☐ mit Stimmenmehrheit

☐ laut Antragsvorschlag

☐ mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Tagung am: TOP:

Anzahl der **Ja**-Stimmen:

Anzahl der **Nein**-Stimmen:

Anzahl der **Stimmenthaltungen**

Darum beantragen wir die Aufnahme der Stadt in das „Bündnis für eine Soziale Stadt“. Dieses Bündnis, dem beispielsweise der Deutsche Städtetag, die Arbeiterwohlfahrt und der Deutsche Mieterbund angehören, setzt sich für die Anhebung der Förderung, des Programms „Soziale Stadt“ für das 2012, auf das Niveau von 2010 ein. Das Programm sollte unterstützt werden, denn es leistet einen wichtigen Beitrag, um die soziale Stabilität in unseren Städten zu sichern.

Werner Schaaf
Fraktion SPD/Grüne

André Kaun
Fraktion DIE LINKE